

# Gillier Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Prešernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Anzeigen nimmt die Verwaltung gegen Berechnung billigster Gebühren entgegen.  
Bezugspreis: Vierteljährig K 18.—, halbjährig K 36.—, ganzjährig K 72.—. Fürs Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 70 Heller

Nummer 17

Gilli, Donnerstag den 4. März 1920

2. [45.] Jahrgang

## Bum Regierungswechsel in Slowenien.

Die Landesregierung für Slowenien, die bisher aus dem demokratisch sozialistischen Blocke gebildet war, wird nunmehr aus den Reihen der Slowenischen Volkspartei bestritten. Der Streit, der aus diesem Anlasse in der führenden slowenischen Presse entbrannt ist, gründet sich auf gegenseitige Anklagen und programmatische Erörterungen. Allein es scheint, daß der Systemwechsel von beiden Seiten in der Bedeutung überschätzt und mit Erscheinungen, die abseits vom Kern der Sache liegen, in Zusammenhang gebracht wird.

Denn jede neue Regierung erhebt sich bei der Uebernahme des Amtes über jegliches Parteigetriebe. Sie ist in ihrer Wirksamkeit an die staatlichen Gesetze und Normen gebunden und hat nur in zweifelhaften Fällen die Möglichkeit, sich bei der Auslegung der sie bindenden Vorschriften von den Grundsätzen jener Partei, aus der sie hervorgegangen ist, leiten zu lassen. Diese Stabilität ist die Vorbedingung für eine gesunde Politik und geordnete Wirtschaft. Sie schafft und erhält das Vertrauen der Bevölkerung zu den Behörden und festigt das Ansehen des Staates im In- und Auslande.

Es entspricht dem Wesen der Demokratie, daß die fähigsten und tüchtigsten Köpfe einer Partei bei der Uebernahme der Regierung an die leitenden Stellen gesetzt werden. Sie benötigen aber zu ihrer Unterstützung einen Stab von Beratern und Mitarbeitern, die nicht notwendiger Weise auf ein bestimmtes Parteiprogramm geeicht sein müssen. Auch können nicht persönliche oder verwandtschaftliche Beziehungen das Merkmal der Eignung bilden, sondern einzig und allein fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten. Wird dieser Grundsatz durchbrochen, so wird Unsicherheit und Mißtrauen in die Beamtenschaft getra-

gen und die Arbeit in den Staatsämtern schweren Erschütterungen und Verzögerungen zum beträchtlichen Schaden der Allgemeinheit ausgesetzt.

Nicht jene Regierung ist die beste, die über einen gesinnungsmäßig tunlichst gleichartigen Beamtenapparat verfügt, sondern jene, welche sich ihre untergeordneten Organe nach beruflichen Qualitätsleistungen auswählt ohne Rücksicht auf die Partei, Gesinnung oder Abstammung.

Der Staat ist die gemeinsame Wirtschaft der auf gleichem Territorium lebenden Menschen und zur Führung einer solchen Wirtschaft ist nicht der lauteste Krakeeler berufen, sondern der tüchtigste Arbeiter.

Wird die Stabilität im Staatsdienste gewahrt, so ist es von unwesentlicher Bedeutung für die Allgemeinheit, ob die regierenden Personen dieser oder jener Weltanschauung angehören. Denn auch die konservativen Tendenzen, die sich im Wechselspiele des parlamentarischen Lebens mit den radikalen ablösen, müssen kein Hindernis für die fortschreitende Entwicklung im Staatswesen sein. Sie gleichen dem retardierenden Hebel im Räderwerke einer Uhr, der eben erst den ganzen Mechanismus in der richtigen Gangart erhält.

Der Kampf um politische Programmpunkte kann überhaupt nicht im Schoße einer Parteiregierung einseitig entschieden, sondern nur in der parlamentarischen Arena mittels Mehrheitsbeschlüssen ausgetragen werden. Aber eben hieran krankt unser öffentliches Leben, da sich keine der beiden Regierungsgruppen auf den deutlich erkennbaren, durch Wahlentscheidung festgelegten Willen der Volksmehrheit berufen kann. Daraus folgt aber, daß die Polemik in der führenden slowenischen Presse, soweit programmatische Forderungen in Betracht kommen, den noch gar nicht ausgeschriebenen Neuwahlen eine große Zeitspanne voraussetzt.

Keine prinzipiellen Gegensätze aber dürfen in

den sich bekämpfenden Gruppen in der Erkenntnis bestehen, daß das Fundament jeder Regierung die Gerechtigkeit bildet. Alle Staatsbürger müssen von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß gleiches Recht im Staate waltet, nicht nur dem Buchstaben, sondern auch dem Geiste nach.

Wenn sich die Minderheiten, mögen sie nur dem religiösen, politischen oder nationalen Bekenntnisse nach differenziert sein, vor Vergewaltigungen durch die herrschenden Gruppen gesichert wissen, so wird sich eine Atmosphäre der Behaglichkeit und des Vertrauens im ganzen Staate verbreiten und in einer willigen und opferbereiten Arbeit aller Staatsbürger für die Allgemeinheit ihren Ausdruck finden. Denn der Staat ist das Schutzbach für alle Menschen, die in ihm wohnen und für ihn arbeiten; wenn aber ein Aschenbrödel unter die Traufe hinausgestoßen wird, dann wird es wohl schwerlich die gleichen Leistungen vollbringen können wie die anderen.

In einem Staate, wo der Geist der Gerechtigkeit über allen Bewohnern schwebt, kann die Gewährung der Freiheit nichts Bedenkliches haben; denn die Zufriedenheit aller Staatsbürger, die sich auf gleichen Rechten und gleichen Pflichten aufbaut, wird sich freiwillige Schranken im Genusse der Freiheit auferlegen. Die Heßversuche einiger Malkontenten werden eben an dem Vertrauen der übergroßen Volksmehrheit zur Dynastie und zur Regierung wirkungslos abprallen. Wir registrieren in diesem Zusammenhange die Tatsache, daß seit dem Systemwechsel in der Landesregierung die politische Behörde im Abstände von kaum einer Woche zweimal die Nummer der Gillier Zeitung vom 27. Dezember v. J. abverlangte, in der wir unter der Ueberschrift „Die Freiheit im S.S.-Staate“ ein Spiegelbild des Gegenteiles entwarfen. Wir wollen darin ein gutes Omen sehen, daß sich die Freiheit nicht an die Parteibezeichnung zu klammern braucht

## Die Mutter.

Von R. Perktold, Gilli.

Noch wußte niemand, daß sich an Europas Horizonte gewitterschwangere Wolken zusammenballen. Noch ahnte niemand, daß sich ein Wolkenbruch vorbereite, der auf Millionen von Menschen verheerend niederprasseln würde.

Aber die schwüle Atmosphäre drängte zur Entladung und auf einmal war sie da: die Weltkatastrophe. — Unter den abendländischen Völkern wütete die Kriegesfurie.

Die Mobilmachung hatte auch Franz, dessen junges Eheglück erst wenige Monde wahrte, unter die Waffen gerufen.

Annemarie, sein Weib, neigte mit Tränen das Kissen. Mit rauher Hand hatte das Schicksal in das Leben zweier Menschen gegriffen, deren Stolz die Arbeit und deren Wohlstand die Zufriedenheit war.

Schwere Zeiten brachen an für die junge Gattin. Die ersparten Vorräte schmolzen und die Kriegsrationen mehrten die Sorgen. Einen Trost aber gebar ihr die Drangsal: das erste Kind, das ihre Düsternis erhellte und ihre Einsamkeit besetzte.

Ab und zu kam Franz auf Urlaub. Diese Zeiten waren Freudentage für das liebende Paar; umso schwerer fiel ihnen immer der Abschied.

Doch der Leidensbecher war noch nicht zur Reize

geleert. Eines Tages erhielt sie die Nachricht, ihr Mann sei in welche Kriegsgefangenschaft geraten und auf eine ferne, unwirtliche Insel gebracht worden.

Zudem fühlte sie, daß sie ein zweites Kind unter ihrem Herzen trage. Der Verdienst war karg und die staatliche Unterstützung langte nicht. Die Vorräte waren erschöpft. Tagelang mußte sie sich bei den Anweisungsämtern anstellen, um dann erst den Kampf um den Bezug der Kriegsrationen aufzunehmen. Das qualende Warten raubte viel Zeit und minderte den Verdienst. Und auch die Mutterpflichten drängten.

Da nahte sich ihr die Versuchung. Ein älterer Mann versprach, für sie und die Kinder zu sorgen, wenn sie ihm Gehör schenke. Aber zu tief war das treue, ehrliche Bild des ferneren Gatten in ihrem Herzen eingepägt und allzu eindringlich warnten die Aushuldsaugen der Kinder sie vor einem Treubruch.

Von Franz verlautete keine Silbe. Lebte er noch?

Den Fremden aber rühmte die Tugendhaftigkeit der Frau. Er kannte ihre Not und milderte ihre Sorgen. Trohdem klang es vorwurfsvoll in ihrem Innern: „Was würde Franz dazu sagen, wenn er wiederkehrte?“

Ihr Helfer aber war ein ehrlicher Mensch. Die Sonne bestrahlt Gerechte und Ungerechte, Gute und Böse. Und zu den ersteren gehörte er. Wenn ihre Augen sich mit Tränen füllten, tröstete er das trau-

ernde Weib: „Wenn das Schicksal Dich des Mannes beraubt, so werde ich bei Deinen Kindern die Vaterrolle vertreten.“

Und Franz kehrte nicht wieder. Das ungesunde Klima hatte sein junges Leben geknickt.

Annemarie glaubte, den Schmerz nicht überdauern zu können. Die Trauer zehrte an ihrem Antlitz und das Weh nagte an ihrem Herzen.

Aber die Zeit heilt alle Wunden, das Leben nimmt unerbittlich seinen Lauf. Die Witwe erkannte, daß ihre Existenz den Kindern gehöre und von ihr auch Opfer des Gefühls verlange.

Nach einem Jahre hielt der Freund in schlichter Form um ihre Hand an; er wollte den Kindern ein liebender zweiter Vater werden. — Und sie sagte nicht nein. Nur erbat sie sich das Recht, öfters noch ihres ersten Mannes zu gedenken.

„Dies Bekenntnis ehrt Dich,“ erwiderte der Werber. „Du bist es Deinen und meinen Kindern schuldig. Deine Treue kann ich nicht tabeln.“

Und er ward ihr ein getreuer und aufrichtiger Mann, ein liebevoller Beschützer der beiden Vaterwaisen; sie aber lohnte seinen Edelsinn mit Hingebung und Dankbarkeit.

So endete das Schicksal einer Mutter in glücklicher Weise.

und trotzdem in der Erkenntnis und im Willen der regierenden Kreise verankert sein kann.

Die neue kroatische Landesregierung hat die Durchführung der Freiheit zum Regierungsgrundsatz proklamiert und durch ihre jüngsten, ob ihrer Großzügigkeit direkt überraschenden Verfügungen einen Beweis ihres ernststen Strebens gegeben. Folgt die Laibacher Regierung diesem Beispiele und gesellt sich zur Freiheit auch die Gerechtigkeit, so wird mancher Druck behoben und manche Kränkung getilgt werden können. Das Einbekenntnis und die Korrektur geschehener Fehler ist ein Zeichen eigener Stärke und Würde von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung mit Verständnis und Befriedigung aufgenommen werden.

## Deutschösterreich und Ungarn.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Ungleich der tschechischen Regierung hat die ungarische die Verhandlungen über die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschösterreich und Ungarn in voller Öffentlichkeit eingeleitet. Als Dr. Renner nach Prag reiste, um äußerst wichtige politische Vereinbarungen zu treffen, wurde die Öffentlichkeit über den politischen Zweck seiner Reise absichtlich im Dunkeln gehalten und auch heute noch ist der Schleier noch nicht ganz gelüftet, in den die Prager Verhandlungen gehüllt worden sind. Die ungarische Regierung hat es vorgezogen, öffentlich vor aller Welt nicht nur ihren Willen, mit Deutschösterreich gute Nachbarschaft zu pflegen, kundzugeben, sondern gleichzeitig auch konkrete Vorschläge zu machen, durch die eine Verständigung in der westungarischen Frage erzielt und auch den beiderseitigen wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden soll. Freie, unbeflügelte Volksabstimmung der westungarischen Bevölkerung über ihre Staatszugehörigkeit, keine Anlegung militärischer Stützpunkte seitens Ungarns in diesem Gebiete, falls es bei Ungarn bleiben wolle, volle Autonomie für die Deutschen Westungarns in Schule und Amt, zollfreier Verkehr zwischen Deutschösterreich und Ungarn für eine Reihe von Jahren und Versorgung Deutschösterreichs mit den Uberschüssen der landwirtschaftlichen Produktion Ungarns, das sind im wesentlichen die ungarischen Vorschläge.

Sie sind gewiß nicht von vornherein annehmbar, allein sie sind geeignet, als Grundlage für Verhandlungen zu dienen, und die deutschösterreichische Öffentlichkeit anerkennt die Loyalität, die die ungarische Regierung dadurch bekundet hat, daß sie sich, im Gegensatz zu der Prager Geheimdiplomatie, nach Ueberreichung der Vorschläge bei der Wiener Regierung damit auch an die Öffentlichkeit gewendet hat. Allerdings hat die ungarische Regierung es leichter, im vollen Tageslicht zu operieren. Während die Prager Verhandlungen Vereinbarungen bezweckten, die eine deutliche aggressive Tendenz gegen die anderen Staaten haben und die Deutschösterreich verpflichten sollen, zur Befestigung der Grundlagen des Friedens von Saint-Germain, also im Interesse der dauernden Vergewaltigung Deutschösterreichs, und im Interesse der imperialistisch-annexionistischen Politik der Tschechoslowakei schwere Lasten auf sich zu nehmen, weisen die ungarischen Vorschläge weder diese aggressive Tendenz auf, noch verpflichten sie Deutschösterreich für die Aufrechterhaltung eines Vertrages, der Deutschösterreich dem Elende ausliefert, noch Opfer zu bringen.

Die ungarischen Vorschläge muten Deutschösterreich nicht zu, Ungarn im Falle eines Krieges mit einem seiner Nachbarn aktiv oder passiv zu unterstützen, wie es die Tschechoslowakei von Deutschösterreich verlangt, und auch das ungarische Anbot betreffend Westungarn ist nicht derart, daß es von vornherein von der Hand zu weisen wäre. Nur für

den, der die Bedingungen des Friedens von Saint-Germain mit all seinen furchtbaren unerträglichen Lasten für Deutschösterreich als etwas Heiliges, für alle Zeiten Unantastbares betrachtet, ist auch in der westungarischen Frage durch das Gebot der Entente das letzte Wort gesprochen. Allerdings müßten reale Bürgschaften für eine wirklich freie, von keiner Seite beeinflusste Volksabstimmung in Deutschwestungarn geboten werden, und ob und wie das möglich ist, darüber sollen eben Verhandlungen Klarheit schaffen.

Daß in Saint-Germain Deutschösterreich die westungarischen Komitate nur geschenkt wurden, um Deutschösterreich dauernd mit Ungarn zu verfeinden und es dadurch leichter in den tschechischen Block hineinzwingen zu können, darüber hat niemals auch nur der geringste Zweifel geherrscht. Ganz abgesehen von den außerordentlichen wirtschaftlichen Vorteilen der ungarischen Vorschläge für Deutschösterreich, würde ihre Ablehnung von vornherein Deutschösterreich mit gebundenen Händen der Tschechoslowakei ausliefern und die Ernährung Deutschösterreichs von dem Wohlwohllen eines Staates abhängig machen, dessen Politik die Tendenz hat, Deutschösterreich, beziehungsweise Wien und den westungarischen Streifen, als Korridor zur Adria zu benützen.

## Die russische Armee.

Ein in Wien weilender russischer Oberst äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber auf die Frage nach den Aussichten für eine Entwirrung in Rußland wie folgt:

„Wir wissen vermöge unserer Kenntnis von Land und Leuten und aus Privatbriefen über die derzeitigen Zustände in Rußland wohl mehr als das mitteleuropäische Publikum im allgemeinen, aber nicht genug, als daß ich diese Frage präzise beantworten könnte. Sicher ist, daß die gegenwärtige revolutionäre Regierung ihre Prinzipien im Verlaufe des verflossenen Jahres sehr wesentlich geändert hat. Vor allem hat sie den Einheitslohn aufgehoben und sich dadurch der ökonomischen Wirklichkeit erheblich genähert; sie hat aber auch unter dem Drucke der Verhältnisse den Arbeitszwang eingeführt; denn die Organisation von Arbeitsarmeen ist nichts anderes als die Wiederholung des Gedankens, der den Kriegsdienstleistungsgesetzen zugrunde lag. Allerdings geht die gegenwärtige russische Regierung in der Durchführung dieses Gedankens weiter als die mitteleuropäischen Staaten gegangen sind, indem sie die Arbeitspflicht und den Arbeitszwang nicht nur für die Zeit des Krieges, sondern auch für die Zeit des Wiederaufbaues festgelegt und damit ein Dogma der sozialdemokratischen Partei beseitigt hat. Im übrigen übersteht man im Zentrum und im Westen Europas bei der Beurteilung der russischen Verhältnisse immer die Struktur der Armeen der revolutionären Regierung. Es war eine Täuschung, zu glauben, daß man durch eine Intervention mit fremden Truppen die Räterregierung würde niederwerfen können. Im Grunde genommen waren ihre Armeen immer national, wenn auch dieser ihr Charakter sich in dem Maße immer schärfer ausgeprägt hat, als die Versuche der Entente sich steigerten, die Moskauer Regierung durch Waffengewalt zu stürzen. Die Verbündeten haben die russische Revolution allmählich zu einer ausgesprochen nationalen Erscheinung gemacht; ob sie die großen Fehler, die sie in der Behandlung der russischen Frage gemacht haben, jemals werden korrigieren können, darüber steht mir kein sicheres Urteil zu, ich weiß nur, daß bis auf sehr kleine Kreise gegenwärtig die Stimmung in Rußland gegenüber Frankreich und gegenüber England sehr ungünstig ist und auch die englischen Versuche der letzten Zeit, sich Rußland zu nähern, ausschließlich als taktische Manöver aufgefaßt werden, die den Zweck verfolgen, die Stellung Englands in Mittelasien zu entlasten.“

## Politische Rundschau.

### Inland.

#### Eine Wendung in der Adriafrage.

Die englische und französische Regierung haben den Präsidenten Wilson eingeladen, mit ihnen gemeinsam Jugoslawien und Italien aufzufordern, daß neue Verhandlungen in der Adriafrage ohne Rücksicht auf die früheren Abmachungen gepflogen werden sollen. Wenn dieser Vorschlag von den beiden Parteien nicht angenommen würde, so sollen Amerika, Großbritannien und Frankreich die Adriafrage von neuem und gemeinsam überprüfen und regeln.

#### Italienische Wählerarbeit in Montenegro.

Wie Slovenski Narod berichtet, sucht d'Annunzio im Einverständnis mit der italienischen Regierung die Unordnung in Montenegro aufrecht zu erhalten. Seine Sendlinge organisieren unter den Ananuten, einigen nationalen Verrätern und verkleideten italienischen Soldaten irreguläre Banden, welche unter der Maske eines Aufstandes des unzufriedenen Volkes die Welt überzeugen sollen, daß die montenegrinische Bevölkerung eine Gegnerin der jugoslawischen Einigung sei und sich nach der Rückkehr des Kr. Königs Nikolaus lehne.

#### Die Affäre Radić.

Die neue kroatische Regierung hat Stephan Radić, den Führer der kroatischen Bauernpartei, und seine Gefinnungsgenossen Dr. Pazman, Dr. Maček und Režman aus der Untersuchungshaft entlassen, in der sie sich seit Jahresfrist befanden. Diese Freilassung erregt in der demokratischen Presse großes Aufsehen, weil diese Männer, und insbesondere Stephan Radić, sich an der jugoslawischen Einigung schwer verständig haben. Dem Slovenski Narod zufolge erstrebte Radić eine selbständige kroatische Republik mit Hilfe der Italiener, denen er als Entgelt slowenisches Gebiet zu überlassen bereit war. Er hatte mehrere Zusammenkünfte mit dem italienischen Agenten Morspurgo und stand mit der Frank-Partei und besonders mit deren Führern Frank und Dr. Sachs in engsten Beziehungen. Radić soll auch durch Vermittlung eines französischen Generals in Laibach eine Denkschrift nach Paris gesendet haben, worin er ausführte, daß die Kroaten gegen die jugoslawische Einigung seien, und die Friedenskonferenz beschwor, die Aufrichtung Jugoslawiens zu verhindern. Diesen Behauptungen gegenüber erklärt Slovenec, daß es die Pflicht der früheren Regierung gewesen wäre, diese Verbrechen, falls sie tatsächlich begangen wurden, im ordentlichen gerichtlichen Verfahren festzustellen. Es widerspreche den Grundätzen der Freiheit, einen Menschen so lange Zeit im Gewahrsam zu halten, ohne ihm die Möglichkeit zur Rechtfertigung zu bieten. Wie aber leben, sagt Slovenec, in einem Rechtsstaate und niemand sei befugt, das Gesetz zu verletzen.

#### Qualifizierte Arbeiter in Jugoslawien.

Wie Naprej berichtet, mußte eine Anzahl qualifizierter Arbeiter mit 1. März nach Deutschösterreich übersiedeln. In Graz aber seien Plakate angeschlagen, worin die qualifizierten Arbeiter aufgefordert werden, sich für Jugoslawien zu melden.

#### Befürwungen der neuen Landesregierung für Slowenien.

Der Präsident der neuen Landesregierung für Slowenien, Dr. Johann Brejc, hat den Präsidenten des Wirtschaftsamttes für Sachdemobilisierung Dr. Pestotnik abgesetzt. Er hat alle Regierungsverordnungen in Wohnungsangelegenheiten sistiert, alle früheren Aemter in ihre früheren Funktionen wieder eingesetzt und die Vorlage eines tabellarischen Verzeichnisses aller aufgelösten Gemeindeauschüsse angeordnet.

### Ausland.

#### Die Belgrader Reise Dr. Renners.

Infolge des Regierungswechsels im SHS-Staate hat der deutschösterreichische Staatskanzler Dr. Renner die für Ende Februar in Aussicht genommene Reise nach Belgrad auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

#### Das Ende von Deutschböhmen.

Ein tschechischer Erlass verbietet den Gebrauch des Wortes Deutschböhmen im schriftlichen und im mündlichen Verkehr. Uebertretungen werden mit den strengsten Strafen belegt.

**Die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland.**

Der Oberste Rat in Paris hat sich für die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland ausgesprochen. Den Nachbarstaaten wird freigestellt, mit der Moskauer Regierung Beziehungen anzubahnen, die ihnen dienlich erscheinen. In Deutschland wird für die wirtschaftlich-politische Annäherung an Rußland schon seit längerer Zeit eifrig gearbeitet. Denn die Gefahren des Kommunismus habe das deutsche Volk weniger zu fürchten als die im Siegeswahn befindlichen westlichen Staaten.

**Wilson gegen den Imperialismus der Entente.**

In amerikanischen Kreisen wird die Stellungnahme des Präsidenten Wilson in der Adriafrage als ein einfaches Vorspiel gegen die imperialistischen Bestrebungen der Entente bezeichnet. Er stehe den Plänen Englands und Frankreichs im Orient feindlich gegenüber und verlange für Amerika einen bedeutenden Anteil an der Regelung der türkischen Frage.

**Ende der lateinischen Münzkonvention.**

Die der lateinischen Münzunion angehörigen Staaten haben beschlossen, daß die Konvention mit 23. Dezember d. J. aufzuhören habe.

**Aus Stadt und Land.**

**Ernennung.** Der Bezirkshauptmann in Cilli, Dr. Leopold B. J. L., wurde zum Regierungsrat ernannt.

**Der Jagaball** am 28. Februar ist ohne Sitzung und Mißton verlaufen. Sein fast über Erwartungen glänzendes Gelingen bedeutet einen moralischen Erfolg des Cillier Männergesangsvereines, umso mehr, als der staatliche Reinertrag Aktien edler Menschlichkeit zugebracht ist. Ein ausführlicher Bericht folgt in der Sonntagsnummer.

**Ein mysteriöser Vorfall** hat sich am 28. Februar in einem hübsigen Hotel zugetragen. Gegen 6 Uhr abends vernahm der Hotelier Hilferufe in den oberen Stockwerken. Als er treppaufwärts eilte, kam ihm das Stubenmädchen Agnes K. blutüberströmt und mit aufgelösten Haaren entgegen. In der Annahme, daß der vermeintliche Täter, während er selbst in den Zimmern nachschau halte, unbemerkt das Weite suchen könnte, stellte sich der Hotelbesitzer vor dem Eingang des Gasthofes auf und schickte nach der Polizei. Nach einigen Minuten kam eine in ein weißes Tuch eingehüllte Frauensperson heraufgestürzt. Der Hotelier forderte zwei gerade heraneilende Gendarmen auf, die verdächtige Unbekannte dingfest zu nehmen. Diese lief, um Hilfe rufend, die Gartengasse entlang, wurde aber von einem jungen Manne aufgehalten und setzte, die Unmöglichkeit des Entkommens erkennend, ihrer Verhaftung durch die Gendarmen keinen Widerstand entgegen. Auf der Polizei gab sie an, Edle v. Lichtenau zu heißen und nach Budapest zuständig zu sein. Das Stubenmädchen habe ihr im Zimmer eine Spagatschnur über den Kopf geworfen, worauf sie zur Selbstverteidigung mit der Zange, die sie sich zur Befestigung der Schuhsohlen habe kommen lassen, ihr einige Hiebe auf den Kopf versetzt habe. Sie habe einen Betrag von 15000 bei sich getragen und dieses Geld sei ihr bei der Szene abhanden gekommen. Demgegenüber sagte das Stubenmädchen, welches ein halbes Jahr im Hotel in Verwendung steht und sich bisher keinerlei Anstände zu Schulden kommen ließ, bei der Einvernahme aus, die angebliche Edle von Lichtenau habe sie aufgefordert, einen Ring, der ihr im Zimmer entfallen sei, zu suchen. Als sich das Stubenmädchen zum Waschtisch bückte, habe die Fremde, ohne ein Wort zu sagen, mit der Zange auf ihren Kopf losgeschlagen. Die angebliche Edle von Lichtenau heiße aber gar nicht so, sondern Christine Roth und sei aus St. Paul bei Pragwald gebürtig. In der Tat hatte die geheimnisvolle Fremde bereits vor ungefähr einem Monate, als sie im gleichen Hotel einquartiert war, einen Streit wegen ihrer Identität. Eines Abends trat eine Frau ins Gastzimmer und erklärte vor den Gästen, daß die angebliche Edle v. Lichtenau bei ihr in St. Paul ihr uneheliches Kind in Versorgung habe und die Unterhaltungskosten seit fünf Monaten schuldig geblieben sei. Die von der angeblichen Edlen v. Lichtenau anhängig gemachte Klage ist aber nicht ausgetragen worden. Die Edle von Lichtenau, soll heißen Christine Roth, scheint übrigens eine von der Polizei gesuchte Person zu sein, denn sie wurde dort nach einer vorliegenden Photographie agnosziert. Aber auch die Rolle, die

das Stubenmädchen Agnes K. in dieser Affäre spielt, ist durchaus nicht klargestellt. Das Lichtbild des unehelichen Kindes der Christine Roth, das das Stubenmädchen von der Pflegemutter in Verwahrung übernommen haben will, ist jedenfalls höchst auffallend und scheint Expressionsversuche oder dergl. nicht von vornherein auszuschließen. Auch gab die Agnes K. zur Erklärung, warum sie am kritischen Tage den Taufschein bei sich getragen habe, zwei Varianten an, die unglaublich klingen und einander widersprechen. Das erstmal behauptete sie, das Dokument zufällig nachgesehen und zu sich gesteckt zu haben, als sie zum Aufräumen gerufen wurde; das anderemal erzählte sie, den Taufschein einem älterem Herrn, der im gleichem Hotel wohnte, vorgewiesen zu haben, da er ihr einen Heiratsantrag für den Ostertermin gemacht habe. Am Tatorte selbst wurden nebst den Blutlachen, der Spagatschnur und der Zange auch zerbrochene Haarkämme am Boden vorgefunden, die auf einen der Schlussszene vorangegangenen Amazonenkampf hinzuweisen scheinen. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Edle von Lichtenau, bezw. Christine Roth, den Taufschein des Stubenmädchens begehrte, um unter deren Namen einen Schwindel auszuführen, sich jedoch wegen irgend einer Einzelheit mit ihrer Kumpania in einen Streit verwickelte, der schließlich mit Zange und Spagatschnur ausgefochten wurde. Jedenfalls wird erst die Untersuchung und weitere Einvernahme imstande sein, einiges Licht in diese dunkle und mysteriöse Angelegenheit zu bringen.

**Die Postämter** werden gültig gestempelte österreichisch-ungarische Banknoten zu 20, 50 und 100 K in Prekmurje nur bis zum 15. März, alle übrigen aber bis zum 8. März l. J. annehmen. Die Annahme alter Banknoten bis zu 1000 K ist ohnehin schon eingestellt. Selbstverständlich müssen die Postämter schon jetzt die neugestempelten Dinarnoten zur Zahlung annehmen.

**Änderung der Fahrordnung.** Mit 1. März wurden auf der Linie Marburg-Spielfeld-Lattenberg die Züge 50—1801 und 1826 a—821 neu eingeschaltet. Mit dem gleichen Tage wurde der Kurs der direkten Züge Wien—Agram und Wien—Belgrad abgeändert. Diese direkten Züge fahren nicht mehr über Laibach, sondern werden in Cilli abgekuppelt und fahren von Cilli weiter mit dem Zuge Nr. 39, von Steinbrück mit dem Zuge Nr. 510 nach Agram, von Agram mit dem Schnellzuge Nr. 5816 nach Belgrad. In entgegengesetzter Richtung gehen die direkten Züge aus Agram ab mit dem Zuge Nr. 507 a nach Steinbrück, werden in Cilli überstellt und an den Expresszug Nr. 4 angeschlossen.

**Auf dem Orient-Expresszuge** dürfen die Reisenden, einer neuen Verfügung zufolge, nicht mehr als 100 kg Gepäck mitnehmen.

**Wirtschaft und Verkehr.**

**Ausfuhr roher Häute aus Kroatien und Slowenien.** Auf Grund des Erlasses der Staatsbahndirektion in Agram erteilt die Abteilung des Ministeriums für Handel und Industrie in Agram Ausfuhrbewilligungen für rohe Häute. Die Abgabestationen müssen die Bewilligungen, mit dem Stationsstempel versehen, den Frachtbriefen beifügen.

**Eine Filiale des Metallsyndikates in Belgrad.** Das Syndikat der tschechoslowakischen Metallindustrie hat in Belgrad eine Filiale im Gebäude der tschechoslowakischen Gesandtschaft errichtet.

**Deutschösterreich und Ungarn.** Aus Wien wird uns geschrieben: Der verschieden wirtschaftliche Charakter dieser beiden Länder, das eine ein Industrie-, das andere ein Ackerbaustaat, lassen sie dazu bestimmt erscheinen, einander zu ergänzen. Durch den Ausbau seiner Wasserkrafts wird Deutschösterreich in die Lage versetzt sein, einen namhaften Kraftüberschuß an Ungarn abzugeben, wie es auch mit Rohstoffen (Eisenerze, Salz, Magnesit, Holz) auszuheifen vermag. Die deutschösterreichische Industrie findet in Ungarn ein aufnahmefähiges Absatzgebiet, ebenso wie der Bezug der landwirtschaftlichen Produkte aus Ungarn der deutschösterreichischen Wirtschaft billiger zu stehen kommt als aus anderen Gebieten, bei denen der Preis durch Valutazuschläge und die hohen Frachtsätze bedeutend verteuert wird. Deutschösterreich und Ungarn haben auch ein gemeinsames Interesse an der österreichisch-ungarischen Bank; dazu kommt noch die nach dem Friedensvertrage gemeinsam zu tragende Last der finanziellen Verpflichtungen.

**Die Papierproduktion in Deutschösterreich** ist infolge Kohlenmangels in den letzten drei Monaten auf 25% der Leistungsfähigkeit gesunken. Die Papierpreise der Fabriken wurden um 150%, für Zellulose um 180% erhöht.

**Deutschösterreichische Handelsbeziehungen mit Amerika.** Eine amerikanische Firma hat in Wien Verbindungen angeknüpft behufs Anbahnung eines Veredlungs- oder Kompensationsverkehrs. Sie bietet alle Arten von Lebens- und Genußmitteln, industriellen Teilen und Feilen sowie andere industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate an. Dagegen interessiert sich die Firma für Knöpfe, Perlmutterknöpfe, Hüte, Bier, Konfektion, Möbel, Klaviere, Galanteriewaren, Sensen, Feuerzeuge, Beleuchtungslempen für elektrisches Licht, landwirtschaftliche Maschinen, Sägen, Äxte, Hämmer, Werkzeuge, Lastautos, Traktoren, Lokomotoren, Zünder für Autos, Motoren, Räder, Schienen, Haus- und Küchengeräte, Epbestecke, Spielwaren, Kofferbeschläge, überhaupt alle jene Artikel, in denen Oesterreich nachjewiesenermaßen vor dem Kriege bereits exportiert hat.

**Die Skoda Werke** werden auf Betreiben der Firma Schneider-Creuzot auch die Erzeugung von Lokomotiven, Last- und Luxusautomobilen und landwirtschaftlichen Maschinen übernehmen.

**Ein tschechisches Kohlenhandelsmonopol.** Statt der geplanten Kohlensteuer denkt die tschechische Regierung jetzt an die Schaffung eines Kohlenhandelsmonopols, um dem Staate den Gewinn aus dem Kohlenexport zu sichern. Der Preis der Exportkohle soll auf das Dreifache des Inlandspreises festgesetzt werden. Vor allem würde Deutschland von dieser Maßregel betroffen, da Deutschösterreich und Polen nach dem Friedensvertrage zu Inlandspreisen beliefert werden müssen. Fachkreise der tschechischen Republik sprechen sich gegen dieses Monopol vor allem deswegen aus, weil der staatliche Verteilungsapparat vollständig versagt hat, so daß trotz des bedeutenden Kohlenreichtums und genügender Förderung industrielle Betriebe stillgelegt wurden mußten.

**Zur Kohlennot** schreibt der Allgemeine Tarifanzeiger, Wien: Wie die Kohlennot nicht nur die Leistungsfähigkeit der Industrie beeinträchtigt, sondern selbst wieder der Ausgangspunkt einer neuen Kohlennot wird, beweist der Umstand, daß im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier eine Reihe von Betrieben wegen Kohlenmangels stillgelegt werden mußte, welche dem Bergbau wichtige Hilfsmittel liefern. Dynamit- und Zündschnurfabriken haben ihren Betrieb eingestellt, sodaß es an Sprengmitteln für die Vorrichtungsarbeiten fehlt. Es ist ferner nicht möglich, die Kohle aus den Bergwerken an die Oberfläche zu befördern, weil die Fabriken, welche Förderseile und Förderwagen erzeugen, stillgelegt werden mußten. Sehr empfindlich ist aus den gleichen Ursachen der Mangel an Bergwerksmaschinen und Armaturen, an Ersatzteilen für Grubenlokomotiven und Grubenwagenkoppelungen. Viele Arbeiter können in die Schächte nicht einfahren, weil die Lampengläser der Grubenlampen schadhaft sind und die drei einzigen Fabriken, welche Lampengläser erzeugen, die Arbeit eingestellt haben. Aus den Kreisen der Kohlenindustrie wird uns ferner mitgeteilt, daß die ungenügende Kohlenförderung, unter welcher namentlich das Ostrauer Revier zu leiden hat, außer den allgemeinen Ursachen auch noch besondere Gründe hat, die in der Tat die Bergarbeiter zu suchen sind. Sie weigern sich neuestens mehr Kohle zu fördern, als die Bahnen abtransportieren können, weil sie verhindern wollen, daß die Ansammlung von Kohlendepots ihnen bei der Durchsetzung von Lohnforderungen hinderlich sein könnte.

**Staatliche Industriewerke in Deutschösterreich.** Unter diesem Namen wurde auf Grund eines Erlasses des deutschösterreichischen Staatsamtes für Handel und Gewerbe ein Unternehmen gebildet, das die einheitliche Verwaltung und Betriebsführung der ehemals militärischen Betriebe, der Arsenalwerke Wien, Industriewerke Fischamend, Wellersdorfer Werke, Wöhrther Werke und der Schleppbahn auf dem Steinloos zum Gegenstande hat.

**Neugraz bei Nacht.**

Das Leben einer Stadt spiegelt sich in den Kaffeehäusern ab. Sind auch die Bilder nicht vollständig und bauernd, so bieten sie dennoch einen Widerschein des hastenden Tages und der sich wandelnden Zeit.

Und Graz hat sich geändert, rückwärts, fast sprunghaft. Der träge Fluß der Entwicklung ist gärenber Unrast gewichen. Zwischen Gestern und Heute weitet

sich der Abstand. Neugraz ist gleichsam über Nacht entstanden.

Kaffeehäuser haben sich neu aufgetan in wenigen Wochen, oder vielmehr, sie haben sich erneuert, umgestaltet wie die Stadt selbst.

Aus einem kaum bekannten Unternehmen ist, man weiß kaum wann und wie, eine „American Bar“ geworden. Enges Zusammenstehen, dämmeriges Licht, Pianistenmusik! Mokka und Tee werden serviert in dünnen, zerbrechlichen Gebecken, amerikanische Manier und japanische Aufmachung zur Einheit gepreßt.

Im neueröffneten Kaffeehaus „Europa“ erinnern die gestückelten Spiegelscheiben noch an frühere Bescheidenheit. Sonst ist die Einrichtung hübsch und den geänderten Verhältnissen angepaßt. Ältere Herren schlüpfen sich hierher, schlürfen behaglich, bedächtlich ihren Trunk und verbergen sich, neugierig blickend, hinter den großen Blättern.

Das Kaffeehaus „Stadttheater“ heißt nunmehr „Opernkaffee.“ Kirrende Walzermusik durchflutet den Raum und auf den Stühlen mit gotisch geschnittenen Lehnen drängt sich die Menge. Der gebiegenen und haltbaren Einrichtung entsprechen die schweren, massiven Gebilde.

In dunklen Farben und gedämpften Lampen präsentiert sich nebenan die „Opernbar.“ Den mit ausgefuchter Feinheit ausgestatteten Saal durchflutet die verärgerten Klänge eines Flügels. Die „Opernbar“ ist der Treffpunkt der eleganten Welt. Was später wird? . . .

Die Zeit der alten, stillen Grazer Kaffees mit Billards und geruhigen Spielzimmern ist vorbei. Die aufgabdringlichen weißen Herren weichen der lärmenden Jugend. Die Zeitungen, die ja doch nur Böses melden, geraten in Mißbrauch. Statt des Streites über Leitartikel, Beamtenfragen und Trumpf klingen vom Saft heraus die Lieber von lockenden Mädchenlippen . . .

Neugraz bei Nacht!

Graz, im März 1920.

Viktor Wolf.

## Gingefendet.

### Aus Radkersburg.

In dem von unseren Truppen besetzten Radkersburg hat ein deutschösterreichischer staatlicher Oberarzt seinen Amtssitz. Dieser Tierarzt hat sich im Laufe seiner vielfährigen erfolgreichen Tätigkeit, insbesondere auch bei allen gefährlichen Epidemien, das vollste Vertrauen der Bevölkerung nicht nur des politischen Bezirkes Radkersburg, sondern auch des diesseits der Mur gelegenen Gerichtsbezirkes Ober-Radkersburg erworben. Die Viehbesitzer, insbesondere des letztgenannten Gebietes, schätzten sich stets glücklich, den genannten Tierarzt, der weder Wetter noch unsere schlechten Straßen scheute, um dem an ihn ergangenen Ruf zu folgen, zur Hand zu haben, denn der Amtstierarzt der Bezirkshauptmannschaft Luttenberg hat seinen Sitz in Luttenberg, also ungefähr 25 Kilometer von Ober-Radkersburg entfernt, ist also in normalen Zeiten sehr schwer, bei den heutigen

Verkehrsverhältnissen aber überhaupt nicht rechtzeitig zu erreichen. — Aus gänzlich unangelegten Gründen hat nun die Bezirkshauptmannschaft Luttenberg dem genannten Oberarzt von Radkersburg das Betreten der Landesgrenzen verboten. Gegen diese über die Köpfe der Bevölkerung hinweg erlassene Verfügung protestieren die Interessenten auf das entschiedenste und verlangen entweder sofortige Aufhebung derselben oder aber die Berufung eines anderen Tierarztes nach Ober-Radkersburg. Es wird verlangt, daß die Behörde die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung respektiert und dies umso mehr in diesem Falle, wo es sich um das Wohl und Wehe des durch den Krieg enorm mitgenommenen Viehstandes eines ganzen Gerichtsbezirkes handelt. Wie kommt ein Landwirt dazu, daß er seine Pferde, seine Ochsen oder Kühe verliert, bloß einer derartigen Verfügung wegen? Man sollte meinen, daß die Zeiten zu ernst sind, als daß wegen Nichtigkeiten — um die es sich hier zweifelsohne handelt — die Interessen der Bevölkerung, zumal bei dem produzierenden Stande der Landwirte, in dieser Weise aufs Spiel gesetzt werden. Die Behörden sollen die Bevölkerung in ihrem Streben nach vorwärts unterstützen und nicht in bürokratisch selbstherrlicher Art schädigen. Von der Regierung verlangen wir sofortige Abhilfe!

(Folgen die Unterschriften.)

## Verkäuferin

oder Kassierin mit sehr gutem, langjährigem Zeugnis sucht Posten. Anträge unter „A. Z. 25701“ an die Verwaltung des Blattes.

## Kommis

der Spezerei- u. Delikatessenbranche sucht Posten. Auch als Magazineur. Antritt sofort. Gefl. Anträge unter „J. Z. 25701“ an die Verwaltung des Blattes.

## Pensionierter

### Staatsbeamter

sucht schriftliche Beschäftigung ins Haus, Uebersetzungen, Rechnungsarbeiten etc. Beherrsche die slowenische, kroatische u. deutsche Sprache vollkommen. Gefl. Anträge unter „R. K. 25678“ an die Verwaltg d. Bl.

Eine grössere Fabrik sucht einen soliden ledigen

## Portier

bevorzugt wird ein pensionierter Gendarm. Der Posten ist dauernd. Offerte sind an die Verwaltung des Blattes unter „Portier 25685“ zu richten.

## Gärtner

nicht verheiratet, mit dem Gehalt von 300 K und Verpflegung, oder verheiratet (ohne Kinder), dessen Frau kocht und Hausarbeiten verrichtet, mit dem Gehalt von 500 K und Verpflegung und

## Kuhhirten

mit dem Gehalt von 200 K, Verpflegung und 10% Zuschlag, sucht Graf Kulmer, Gut Sestine, P. Zagreb.

Tüchtige Verkäuferin oder

## Kassierin

mit Jahreszeugnissen sucht Posten. Gefl. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 25680

## Landwirtschaft

in Cilli oder Südsteier, eventuell in Verbindung mit kleinem Betrieb wie Säge, Mühle oder dergleichen zu kaufen gesucht. Eventuell kann schönes Wiener Haus in Tausch gegeben werden. Zuschriften an Emil Schönberg, Wien IX., Fuchsthaller-gasse Nr. 11.

## Neues Haus

modernst gebaut, 2 Stock hoch, 600 Klafter Garten, am schönsten Platze in Villach stehend, wird gegen ein Geschäftshaus oder gleiches Objekt in Laibach, Cilli oder Marburg getauscht. Zuschriften an Valentin Zwitter, St. Jakob im Rosentale.

## Gesucht

### Geschäftslokal

oder schon bestehendes Gemischtwarengeschäft mit eventuell dazugehörigen Gasthauslokalen in einer verkehrsreicheren Ortschaft der Umgebung von Cilli, Pettau oder Marburg zur sofortigen oder späteren Ablösung. Inventar würde eventuell mitübernommen werden. Gefl. ausführliche Offerte erbeten an die Verwaltung d. Bl. unter „Merkur 25657“.

## Zwei Studenten

oder Schülerinnen werden in Wohnung und Verpflegung aufgenommen. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 25694

Für eine Schülerin wird bei besserer Familie

## Kostplatz

Wohnung samt ganzer Verpflegung gesucht. Genauere Anbote erbitte unter „Land 25673“ an die Verwaltung des Blattes.

## Klavier

gute Marke, tadellos erhalten, auch Teppiche, Bettvorleger zu kaufen gesucht. Offerte an die Verwaltung unter „E. W. 25696“.

Möglichst neuer, schwarzer

## Gehrock

oder Smoking, Friedensware, zu kaufen gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 25692

## Maulwurffelle gespannt 47 K

Scheckkatzen 70 K, schwarze Katzen 120 K, Eichkatzen 20 K, Fuchs 2000 K, Marder 4000 K kauft per Nachnahme Alois Fischer, Wien II., Valeriestrasse 68/17.

# Der Familien-Abend

## der Friseurgehilfen Cillis

findet am Samstag, den 6. März um 8 Uhr abends im kleinen Saale des Hotel Union statt. Die Musik besorgt die Militärkapelle Laibach.

Wir bitten die geladenen Gäste höflichst, uns mit wertem Besuch beehren zu wollen. Achtungsvoll Das Komitee.

## Ein Knecht

der mit Pferden umgehen kann, mehrere Maurer

und Zimmerleute

werden gegen gute Bezahlung zum sofortigen Eintritt aufgenommen bei „Ava“, Zementfabrik in Taffer.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## Nähmaschine

fast neu, ist zu verkaufen. Feldgasse N. 3, parterre links.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Zu verkaufen

## schwarzer Stoff

bester Sorte. Anschrift erliegt in der Verwaltung des Blattes. 25679

Schöner, schlagbarer

## Buchenwald

14 Joch, zu verkaufen bei Wolf, St. Peter im Sanntale.

Komplettes

## Reitzeug

(Pritsche) und ein Menzenbauer Akkordharmonium zu verkaufen. Anzufragen bei der Verwaltung des Blattes. 25698

## Silbernes Portemonnaie

mit Inhalt am Sonntag den 29. Februar im Hotel Union verloren. Gegen Belohnung abzugeben bei Frau Findeisen, Brunngasse.

Nr. 9771/19

## Amtliche Kundmachung

in deutscher Uebersetzung.

Alle in der Stadt wohnenden Hebammen werden neuerdings aufgefordert, sich am 10. bzw. 11. März zwischen 10 und 12 Uhr vormittags beim Stadtmagistrat Cilli, Zimmer Nr. 11, zu melden.

Ausgenommen sind nur jene, welche der Aufforderung vom 12. Februar bereits entsprochen haben.

Jene Hebammen, welche diese Kundmachung nicht befolgen würden, würden nach dem § 11 der kaiserl. Verordnung vom 20. April 1854 zur Verantwortung gezogen und mit einer Geldstrafe von 40 K bzw. Arrest von 24 Stunden bestraft werden.

Stadtmagistrat Cilli, am 25. Februar 1920.